

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 19, November 2022

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

| | |
|--|---|
| Aktuelles aus der Politik | 2 |
| Update Gas- und Strompreisbremse: Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz aus Sicht der energieintensiven Industrie | 2 |
| Erste Details zur Abschöpfung der Zufallsgewinne für die Finanzierung der Strompreisbremse bekannt geworden | 3 |
| EU Innovation Fund: Neuer Förderaufruf für Großprojekte im Bereich innovativer kohlenstoffarmer Technologien im November 2022 erwartet – Verdoppelung der zur Verfügung stehenden Mittel auf insgesamt 3 Mrd. | 4 |
| BEHG-Änderungsgesetz verabschiedet | 5 |
| Veranstaltungen | 6 |
| Einladung zu unserem kostenlosen Webinar zum Thema „Update Gas- und Strompreisbremse – Auswirkungen für Industrie und Gewerbe“ | 6 |
| In eigener Sache | 7 |
| „Rethinking Energy & Sustainability Concepts – Zukunftsfähige Konzepte für die Industrie durch nachhaltige Transformation“ | 7 |

Aktuelles aus der Politik

Update Gas- und Strompreisbremse: Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz aus Sicht der energieintensiven Industrie

Nachdem bereits die ExpertInnenkommission Gas und Wärme mit ihrem Abschlussbericht vom 31. Oktober Vorschläge zur Eindämmung der Energiekostenexplosion für die Industrie vorgelegt hatte, haben sich nun auch Bund und Länder im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 2. November auf die Einführung und Umsetzung einer Gas- und Strompreisbremse geeinigt. Nach den langwierigen und teils hitzig geführten Diskussionen der vergangenen Wochen ist damit ein wichtiges Zwischenziel erreicht. Der nachfolgende Beitrag fasst das Ergebnis der Verhandlungen aus Sicht der energieintensiven Industrie zusammen und versucht insofern einen Überblick über die jüngst erzielten Verhandlungsergebnisse zu geben.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Hinsichtlich der Einführung einer Gaspreisbremse zu Gunsten der Industrie orientiert sich das Ergebnis der Verhandlungen im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz grundsätzlich an den Empfehlungen der ExpertInnenkommission Gas und Wärme. Hierbei unterscheidet die konkrete Umsetzung der Gaspreisbremse grundsätzlich zwischen drei Gruppen von Verbrauchern:

- Verbraucher mit Standardlastprofilen (SLP),
- Verbraucher mit einer registrierenden Leistungsmessung (RLM) und einem jährlichen Verbrauch von unter 1,5 GWh und
- Verbraucher mit einer registrierenden Leistungsmessung (RLM) mit einem jährlichen Verbrauch von über 1,5 GWh (deutschlandweit rund 24.000 Unternehmen).

Für Verbraucher mit einem Jahresverbrauch von unter 1,5 GWh ist eine monatliche Entlastung vorgesehen, die sich an 80% des Vorjahresverbrauchs bemisst. Als Vorjahresverbrauch gilt hierbei die Jahresverbrauchsprognose, die der Abschlagszahlung für den September 2022 zugrunde gelegt wird. Für diesen Verbrauch wird der Gaspreis auf 12 ct/kWh (brutto) und der Wärmepreis auf 9,5 ct/kWh (brutto) gedeckelt. Diese Gaspreisbremse soll – vorbehaltlich ihrer europarechtlichen Zulässigkeit – vom 1. März 2023 bis zum April 2024 Anwendung finden, wobei jedoch eine Rückwirkung zum 1. Februar 2023 angestrebt wird. Bei der Pressekonferenz nach der Ministerpräsidentenkonferenz haben die Repräsentanten der Länder bereits angedeutet, dass sie sich vom Bund eine Lösung ab Januar 2023 wünschen. Im Weiteren übernimmt der Bund im Rahmen einer Soforthilfe die im Dezember fälligen Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme.

Die obige Systematik soll grundsätzlich auch für Industriekunden (also Verbraucher mit einem Jahresverbrauch von über 1,5 GWh) zur Anwendung kommen. Jedoch wird für diese für den Zeitraum von Januar 2023 bis April 2024 der Gaspreis für ein Gas-Grundkontingent von 70% des historischen Verbrauchs der Unternehmen auf 7 ct/kWh (netto) reduziert. Sofern die Verbrauchsdaten aus dem Jahre 2021 offensichtlich nicht als Referenz herangezogen werden können, seien spezifische Lösungsansätze zu entwickeln; weitere Details hierzu gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht. Die Gaspreisproduktion gilt dabei sowohl für die Wärmegewinnung in der Produktion als auch für die Nutzung von Erdgas als Rohstoff in der Produktion (z.B. von chemischen und nichtchemischen Gütern; „stoffliche Verwendung“).

Die Ministerpräsidentenkonferenz bekräftigte, dass die Bundesregierung je nach den individuellen Voraussetzungen des Unternehmens (z.B. hinsichtlich der Energieintensität) das europäische Beihilferecht zur Abfederung der Folgen des Ukraine-Krieges ausschöpfen werde. Hierzu sollen bei einem Gegenwert der vergünstigten Gaskosten von 2 Millionen Euro für den gesamten Zeitraum je Unternehmen keine Einschränkungen zu beachten sein (sog. de minimis-Regelung).

Besonderheiten ergeben sich für Industrieunternehmen, die den Gasbezug durch einen laufenden Kauf und Verkauf optimieren oder über mehr als einen Lieferanten verfügen, da im Regelfall hier nur die Unternehmen selbst über die notwendigen Daten zur Kalkulation der Entlastung verfügen. Hierzu sieht der Abschlussbericht der ExpertInnenkommission vor, dass die Erstattung der Gaskosten in obiger Höhe über eine staatliche Behörde zu erfolgen hätte, um einen Missbrauch durch Verkäufe von preisgünstigeren staatlich-

subventionierten Gasmengen zu verhindern. Dem Vorschlag zufolge sollte die Ermittlung der Erstattungsbeträge von Wirtschaftsprüfern ex-post auf Jahresbasis und abschließend zum Ende der Entlastungsmaßnahmen gegen geprüft werden.

Für Unternehmen, die aufgrund von Liquiditätsengpässen nicht bis zum Jahresende warten können, sind auch unterjährig Abschlagszahlungen durch eine staatliche Stelle zu ermöglichen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich in ihrem Beschluss hierzu allerdings noch nicht explizit geäußert.

Mit dem gleichen Entlastungspaket ist auch eine **Strompreisbremse** geplant. Die Strompreisbremse soll zum 1. Januar 2023 entlastend wirken. Für Haushalte und kleinere Unternehmen soll dabei ein Grundkontingent von 80 Prozent des bisherigen Verbrauchs auf einen Strompreis von 40 ct/kWh (brutto) gedeckelt werden. Bei Industrieunternehmen werden die Strompreise auf einen Betrag von 13 ct/kWh (netto) für 70 Prozent des Vorjahresverbrauches 2021 gedeckelt. Auch sollen die Netzentgelte im Jahre 2023 nicht steigen.

Die Strompreisbremse für Bürger und kleinere Unternehmen soll etwa 33 Milliarden Euro kosten, für die Industrie sind 21 Milliarden Euro veranschlagt. Um die Strompreisbremse zu finanzieren, werden befristet Zufallsgewinne bei der Stromerzeugung sowie bei Gas-, Öl- und Kohleunternehmen sowie Raffinerien abgeschöpft.

Gesetzesentwürfe zur Umsetzung der oben dargestellten Beschlüsse werden derzeit erarbeitet und sollen am 18. November 2022 im Kabinett beraten werden. Sobald diese vorliegen, werden wir Sie über deren Inhalt informieren und dabei besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen für die Industrie legen.

Die vielfältigen Auswirkungen und Fragen, welche mit der Umsetzung und finalen Ausgestaltung der Gas- und Strompreisbremse verbunden sind, wollen wir gerne mit Ihnen diskutieren. Dazu bieten wir am

Montag, den 21. November 2022, ab 11 Uhr

ein einstündiges kostenfreies Webinar an, zu dem Sie herzlich eingeladen sind. Wir gehen davon aus, dass aufgrund der Kabinettsberatung am 18. November dann über klare Rahmenbedingungen berichtet und diskutiert werden kann und hoffen insofern, im Rahmen des Webinars Antworten und Handlungsempfehlungen zu den dringlichsten weiteren Schritten aus Sicht der Industrie geben zu können. Einen Einladungslink zu dem Webinar werden Sie im nächsten Newsletter finden, welcher in den kommenden Tagen erscheint. Bitte verstehen Sie insofern die obige Ankündigung als „Save the date“ und notieren sich gerne den Termin bereits heute.

Bei zwischenzeitlichen Fragen bezüglich der Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse oder hinsichtlich Ihrer konkreten Betroffenheit durch dieses Instrument zögern Sie bitte nicht, uns zu kontaktieren. Wir beraten Sie gerne umfassend zu den sich ergebenden Besonderheiten als auch zu weiteren Einsparungs- und Kostenvermeidungsmöglichkeiten.

Erste Details zur Abschöpfung der Zufallsgewinne für die Finanzierung der Strompreisbremse bekannt geworden

Ein Konzeptpapier des Bundeswirtschaftsministeriums gibt erste Details zur möglichen Umsetzung der Abschöpfung der Zufallsgewinne von Stromerzeugern bekannt.

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RAin Verena E. Brökelmann
Tel.: +49 521 9649-7111
verena.elisa.broekelmann@pwc.com

Nach Inkrafttreten der EU-Verordnung über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise, wird die konkrete Umsetzung auf nationaler Ebene – Stichwort „Strompreisbremse“ – mit Spannung erwartet. Ein am 19. Oktober publik gewordenes Konzeptpapier zeigt mögliche, vorläufige Optionen zur Umsetzung der EU-Beschlüsse auf. Demnach ist grundsätzlich eine Abschöpfung von 90 % der Zufallsgewinne geplant. Die Abschöpfung soll dabei stufenweise eingeführt werden. Als Übergangsmodell wird eine rückwirkende Abschöpfung vom 1. März bis 30. November 2022 angedacht. Ab 1. Dezember 2022 sollen dann Gewinne sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt abgeschöpft werden. Einem Eckpunktepapier vom 2. November zufolge soll die Abschöpfung jedoch erst rückwirkend zum 1. September 2022 greifen. Neben Erneuerbaren Energien (unabhängig von einer Förderzusage) sind nach dem Papier auch Grubengas, Abfall-Kraftwerke, Kernenergie, Braunkohle und Mineralölprodukte betroffen. Speicher, Steinkohle, Erdgas sowie Biomethan sind nach den derzeitigen Plänen nicht erfasst, sollen im weiteren Prozess aber zur Diskussion gestellt werden.

Die konkrete Abschöpfung am Spotmarkt bemisst sich nach dem Papier nach der jeweiligen Erzeugungsart. Für jeden Kraftwerkstypen werden auf der Grundlage einer Schätzung sogenannte Referenzkosten festgelegt. Diese umfassen neben den variablen Kosten einen zusätzlichen Deckungsbeitrag sowie einen Sicherheitszuschlag von 3 ct/kWh. Gewinne, die darüber hinaus am Markt erzielt werden, sollen zu 90 Prozent abgeschöpft werden. Für Erneuerbaren-Anlagen soll zur Ermittlung der variablen Kosten der geltende Fördersatz herangezogen werden. Die Referenzkosten für Windenergie Offshore (nicht

bezuschlagt) soll weiter bei 10 ct/kWh, für Kernkraftwerke bei 4 ct/kWh, für Abfallkraftwerke bei 15 ct/kWh und für weitere Altanlagen bei 10 ct/kWh liegen. Sofern keine technologie-spezifische Erlösobergrenze gesetzlich bestimmt wird, seien nach der EU-NotfallVO die Erlöse über 18 ct/kWh abzuschöpfen. Die Gewinnabschöpfung bei langfristig angelegten Stromabnahmeverträgen am Terminmarkt gestaltet sich dagegen schwieriger. Geplant ist dabei ein sogenannter „Benchmarkansatz“. Der Sicherheitszuschlag erhöht sich zunächst um einen weiteren Cent pro kWh. Grundlage der Abschöpfung sollen die vom Anlagenbetreiber quartalsweise vorgelegte Hedging-Strategie sein, die mit den quartalsweisen Durchschnittspreisen des EEX-Jahresfeatures als Referenzerlösmarke gegengerechnet werden. Um Falschangaben zu verhindern, sind Testate durch Wirtschaftsprüfer, eine persönliche Haftung der Geschäftsführung sowie verminderte Abrechnungen im Fall von Falschangaben angedacht. Angedacht ist eine Selbstveranlagung der Anlagenbetreiber kombiniert mit einer nachgelagerten Kontrolle durch die Bundesnetzagentur. Die konkrete Umsetzung ist dem Vernehmen nach jedoch noch Gegenstand intensiver Diskussionen.

Die Pläne erfuhren bereits eine umfassende Kritik und werfen viele Einzelfragen zur Berechnung und Abwicklung der Abschöpfung in der Praxis auf. So ist etwa unklar, wie PPA-Verträge nach den aufgezeigten Regelungen zu bewerten sind. Auch die rückwirkende Gewinnabschöpfung wirft verfassungsrechtliche Fragen auf. Aus Regierungskreisen wurde dagegen angeführt, die rückwirkende Abschöpfung sei als Regelung analog zum Steuerrecht zu sehen, bei dem Änderungen innerhalb desselben Veranlassungszeitraums wie dem Jahr 2022 grundsätzlich zulässig sein. Durch das Eckpunktepapier vom 2. November scheint dieser Kritik teils entgegen gekommen zu sein. Es wird dort argumentiert, dass eine Rückwirkung zumindest zum 1. September zulässig sei, da spätestens zu diesem Zeitpunkt kein Anlagenbetreiber mehr darauf vertrauen dürfe, die Zufallsgewinne zu behalten.

Am 18. November soll die Strompreisbremse wie auch die Gaspreisbremse im Kabinett beschlossen werden. Ein Beschluss des Bundestages ist für den 2. Dezember, eine Abstimmung im Bundesrat am 16. Dezember geplant. Welche Änderungen die geplanten Regelungen bis dahin noch erfahren werden, bleibt abzuwarten. Wir beraten Sie hierzu gern.

EU Innovation Fund: Neuer Förderaufruf für Großprojekte im Bereich innovativer kohlenstoffarmer Technologien im November 2022 erwartet – Verdoppelung der zur Verfügung stehenden Mittel auf insgesamt 3 Mrd.

Der EU Innovation Fund (EU IF) mit einer Laufzeit von 2020 bis 2030 dient der Förderung von hoch innovativen Technologien, Verfahren oder Produkten, die ein erhebliches Potenzial zur Verringerung von Treibhausgasemissionen haben. Es werden nicht rückzahlbare Zuschüsse zu den Kapital- und Betriebskosten der Vorhaben gewährt.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RAin Darja Bleyl
Tel.: +49 40 63782867
darja.bleyl@pwc.com

Dieser grundsätzliche Anwendungsbereich wird für den bereits für November 2022 geplanten neuen Förderaufruf für große Projekt (CAPEX > 7,5 Mio. EUR) ausgeweitet und gleichzeitig wurde das zur Verfügung stehende Budget auf insgesamt 3 Mrd. EUR verdoppelt. Dadurch wird das Förderprogramm nochmals deutlich attraktiver, insbesondere auch für große Unternehmen.

Über den EU IF werden Projekte mit Bezug zu den in der EU Emissionshandelsrichtlinie genannten Sektoren (Energieproduktion, Eisen und Stahl, Zement, Glas, keramische Erzeugnisse, Gips, Zellstoff und Papier sowie Chemie) sowie Projekte, die CO₂-intensive Produkte aus diesen Sektoren substituieren, gefördert. Zudem werden Projekte aus den Bereichen innovative Erneuerbare Energien und Energiespeicherung sowie Kohlenstoffabscheidung und -nutzung (CCU) oder -speicherung (CCS) gefördert.

Neben diesen bekannten Fördergegenständen können im Rahmen des neuen Förderaufrufs im November 2022 aus einem speziellen REPowerEU-Fenster nunmehr auch Investitionen gefördert werden, die eine Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen erreichen sollen. Förderfähig sind insbesondere:

- innovative Elektrifizierungs- und Wasserstoffanwendungen in der Industrie,
- innovative saubere Technologien (z. B. Elektrolyseure und Brennstoffzellen, innovative Ausrüstungen im Bereich erneuerbarer Energie, Energiespeicher oder Wärmepumpen für industrielle Zwecke) sowie

- mittelgroße Pilotprojekte für die Validierung, Erprobung und Optimierung hochinnovativer Lösungen.

Mit einer Förderquote in Höhe von bis zu 60 % der zusätzlichen Kapital- und Betriebskosten (d.h. den Mehrkosten, die das geplante, CO₂-vermeidende innovative Projekt im Vergleich zu einer Umsetzung auf herkömmliche Art und Weise hätte), ist eine Förderung aus dem EU IF äußerst attraktiv.

Anträge für den kommenden Förderaufruf für große Projekte (CAPEX > 7,5 Mio. EUR) sind **voraussichtlich ab November/Dezember 2022 bis spätestens zum Ende des ersten Quartals 2023 einzureichen**. In der Regel beträgt die Antragsfrist vier bis fünf Monate.

Alle eingereichten Anträge werden anhand der folgenden Kriterien von externen Evaluatoren bewertet und erhalten je Kategorie maximal fünf Punkte:

- Innovationsgrad
- Treibhausgasemissionseinsparungspotenzial
- Technische, finanzielle und operative Machbarkeit
- Skalierbarkeit
- Kosteneffizienz (Förderung je eingesparter Tonne CO₂-Emissionen)

Für eine Förderung werden nur die Projekte ausgewählt, die insgesamt die höchste Bewertung erhalten. So wurden auf Grundlage des letzten Förderaufrufs für große Projekte vom 26. Oktober 2021 von 139 eingegangenen Anträgen 17 Projekte mit insgesamt mehr als 1,8 Mrd. EUR gefördert.

Im Antrag sind umfangreiche Angaben zum Projekt zu machen. Zudem sind mit dem Antrag diverse Anlagen (z.B. eine Machbarkeitsstudie, ein Businessplan und ein Finanzierungsplan) einzureichen. Darüber hinaus ist darzulegen, dass das Projekt ohne Förderung nicht profitabel wäre. Eine frühzeitige Vorbereitung der Anträge ist insofern dringend zu empfehlen.

Mit unserer Erfahrung aus mehreren Antragsverfahren zum EU IF können wir Sie über den gesamten Antragsprozess, von der Erstellung der Antragsunterlagen und Anlagen über die Einreichung des Antrags bis hin zum Abschluss des Fördervertrags mit der EU-Kommission umfassend und kompetent beraten und begleiten. Sie haben Interesse an einer Förderung aus dem EU Innovation Fund? Melden Sie sich gerne bei uns.

BEHG-Änderungsgesetz verabschiedet

Der Bundestag hat am 20. Oktober 2022 den „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes“ in der Fassung der Beschlussempfehlung verabschiedet. Durch das Änderungsgesetz werden die für die ab dem Jahr 2023 bzw. 2024 vorgesehene Aufnahme der Brennstoffe Kohle und Abfälle in das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) erforderlichen Ausgestaltungsregelungen geschaffen. Auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Energie und Klimaschutz wurde zusätzlich die im Rahmen des Dritten Entlastungspakets der Bundesregierung beschlossene Aussetzung der an sich zum 1. Januar 2023 anstehenden CO₂-Preiserhöhung in das Änderungsgesetz implementiert.

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Durch den nun verabschiedeten Entwurf werden zunächst die Grundlagen für die bereits in der Urfassung des BEHG statuierte Einbeziehung von Kohle geschaffen. Zu diesem Zweck wird insbesondere der Tatbestand des Inverkehrbringens, der den zentralen Ausgangspunkt für die aus dem Brennstoffemissionshandel resultierenden Pflichten bildet, mit Blick auf die energiesteuerrechtlichen Befreiungstatbestände reformiert. Abweichend von der bisherigen Fassung soll das Inverkehrbringen nunmehr an die **unmittelbare steuerfreie Verwendung von Kohle** im Rahmen eines Verfahrens nach § 37 Abs. 2 Nr. 3 oder 4 Energiesteuergesetz – Verwendung von Kohle als Kraft- oder Heizstoff zur Stromerzeugung sowie Verwendung von Kohle als Heizstoff für Prozesse und Verfahren nach § 51 EnergieStG – anknüpfen. Ausgenommen ist hiervon nur die unmittelbare steuerfreie Verwendung der Kohle in Anlagen, die dem Europäischen Emissionshandel unterliegen, um eine doppelte CO₂-Bepreisung zu vermeiden.

Außerdem sollen Brennstoffe nach dem neuen § 2 Abs. 2a BEHG dann als in Verkehr gebracht gelten, wenn sie zum einen als **Abfälle** in immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Abfallanlagen nach Nummer 8.1.1 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen), d.h. in Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung von Abfällen durch thermische Verfahren eingesetzt werden. Zum

anderen umfasst der Kreis der in den Anwendungsbereich des BEHG einbezogenen Abfallverbrennungsanlagen auf Grundlage der Beschlussempfehlung zusätzlich Altölverbrennungsanlagen, mithin Anlagen mit einer Genehmigung nach Nr. 8.1.2 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV. Dies gilt jedoch nur, wenn Altöl als Hauptbrennstoff eingesetzt wird. Ein Inverkehrbringen im Anwendungsbereich des BEHG scheidet allerdings wiederum aus, wenn die betreffende Anlage dem Europäischen Emissionshandel unterliegt. Ebenfalls auf Grundlage der Ausschussempfehlung wurde die Verschiebung der Aufnahme von Abfallbrennstoffen in den Brennstoffemissionshandel auf den **1. Januar 2024** beschlossen. Erst ab diesem Zeitpunkt greift die Berichtspflicht der Inverkehrbringer hinsichtlich des Einsatzes von Abfallbrennstoffen. Auf diese Weise soll den betroffenen Abfallverbrennungsanlagen ein verlängerter Zeitraum zur Umsetzung der für die Ermittlung der Brennstoffemissionen erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen gewährt werden.

Dritter zentraler Bestandteil des verabschiedeten Änderungsgesetzes ist die Verschiebung der an sich für den 1. Januar 2023 vorgesehenen **Erhöhung des CO₂-Preises** um fünf Euro pro Tonne auf den 1. Januar 2024. Daraus soll eine Gesamtentlastung in Höhe von rund 1,5 Mrd. Euro resultieren. Zugleich werden die für die Jahre 2024 und 2025 vorgesehenen Festpreise im Vergleich zur jetzigen Fassung jeweils um zehn Euro abgesenkt. Der für das Jahr 2026 festgelegte Preiskorridor, der den Übergang von gesetzlichen Festpreisen in den Zertifikatehandel erleichtern soll, erfährt dagegen keine Anpassung.

Haben Sie Fragen zu den Auswirkungen der nun beschlossenen Änderungen des nationalen Emissionshandels auf Ihr Unternehmen? Dann sprechen Sie uns gerne an.

Veranstaltungen

Einladung zu unserem kostenlosen Webinar zum Thema „Update Gas- und Strompreisbremse – Auswirkungen für Industrie und Gewerbe“

am 21. November 2022

Durch den Beschluss des Kabinetts am 18. November 2022 werden sich die Rahmenbedingungen der Gas- und Strompreisbremse (endlich) konkretisieren. Dadurch entsteht konkreter Handlungsbedarf bei Unternehmen, welche die Gas- und Strompreisbremse nutzen wollen. Wir wollen Ihnen dabei helfen, möglichst frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen und die damit einhergehenden Chancen optimal zu nutzen.

Weitere Informationen zur Anmeldung und zur Veranstaltung erhalten Sie in Kürze im Rahmen des nächsten Newsletters.

Während der Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, unseren Experten Ihre Fragen zu stellen.

Bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an

Dr. Daniel Callejon, Tel.: +49 211 981-2194, daniel.callejon@pwc.com

In eigener Sache

„Rethinking Energy & Sustainability Concepts – Zukunftsfähige Konzepte für die Industrie durch nachhaltige Transformation“

Energiekonzepte nachhaltig gestalten – ökologisch und ökonomisch.
Wir unterstützen Sie bei den Herausforderungen der Energiewende.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Philipp Landorff
Tel.: +49 211 981-7284
philipp.landorff@pwc.com

Durch unsere Expertise und unsere Erfahrung sind wir in der Lage, den energie- und klimapolitischen sowie gesellschaftlichen Wandel zu gestalten und die sich verändernden Rahmenbedingungen zum Besten für Sie zu nutzen.

Damit energieintensive Unternehmen in der Zukunft wettbewerbsfähig aufgestellt sind, müssen sich Geschäftsmodelle transformieren und die Nutzung von neuen Technologien ausgebaut werden – dies ist wichtiger denn je. PwC setzt sich dafür ein, dass Ihr Unternehmen vor die Welle kommt und Sie die Möglichkeiten einer effektiven und nachhaltigen Umsetzung der ESG-Agenda nutzen.

Mit unseren 6.000 Energieexpert:innen weltweit verfolgen wir einen interdisziplinären Ansatz. In unserem Kompetenzzentrum Energie und Klima sind neben Wirtschaftsprüfer:innen und Steuerberater:innen auch Ingenieur:innen, IT-Fachleute sowie hochspezialisierte Jurist:innen für das Energie- und Klimarecht vertreten.

Erhalten Sie in unserem Flyer anbei einen Überblick über unsere Stärken und unsere zukunftsfähigen Konzepte für die Energiewende. Wir freuen uns, Sie bei der Energiewende gezielt und individuell zu unterstützen. Falls Sie Fragen haben, kommen Sie gerne auf uns zu.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael Küper
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

RAin Alexandra Ufer
Tel.: +49 211 981-5679
alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael Küper
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© November 2022 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft..

www.pwc.de